



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/70 - 23.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Reuter fand offene Türen	S. 1
USA-Dilemma in <u>Mitteloost</u> (Zum Konflikt um den Suez-Kanal)	S. 3
KAB und "Junge Union" suchen Kreuzzugsparolen	S. 4
Antwort an die "Zeit"	S. 5

Bemerkungen zu Bürgermeister Reuters Amerikabesuch

Von unserem Korrespondenten in USA

Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, befindet sich der Berliner Regierende Bürgermeister Prof. Ernst Reuter seit mehr als einer Woche in den Vereinigten Staaten. Abschließende Urteile über die politische Bedeutung der Reise und ihre Auswirkungen sind noch nicht möglich. Ein erster vorläufiger Bericht ist jedoch bereits gestattet, - und zwar aus dem einfachen Grunde, weil von Anfang an Reuters Reise unter einem besonders günstigen Stern stand und es von Anfang an feststand, daß er sein Ziel, die amerikanische Öffentlichkeit aktiver für das Schicksal der in Berlin einströmenden Ostflüchtlinge zu interessieren, vollauf und über jede Erwartung hinaus erreichen wird.

Nimmt man das Echo, das die Ankunft eines ausländischen Staatsmannes, Politikers oder einer sonstigen hervorragenden Persönlichkeit im Lande bei der amerikanischen Öffentlichkeit hervorruft, als Maßstab, dann kann man unumwunden erklären, daß Reuter hier begrüßt und empfangen worden ist nicht wie der Bürgermeister einer - wenn auch noch so bedeutenden - ausländischen Stadt, sondern wie ein Regierungschef eines befreundeten Staates. Der Respekt und die Anerkennung, die man Reuter entgegenbringt, sind erfreuliche und beachtliche Manifestationen für die allgemeine amerikanische Einstellung zur Position der Berliner Bevölkerung und der an ihrer Spitze stehenden Verwaltung.

Reuter kam hierher auf Einladung des bekannten und stets aktiven "International Rescue Committee", dessen Gast er schon bei seiner ersten Amerikareise vor zwei Jahren gewesen war, und das diesmal zu seinen Ehren ein "Empfangskomitee" gebildet hatte, dem u.a. Admiral Byrd, General Carl Spaatz, der ehemalige Direktor der Marshallplanverwaltung Paul Hoffman, der ehemalige Postminister und demokratische Parteivorsitzende James Farley, der Herausgeber von "Time" und "Life", Henry Luce, und der Generaldirektor des General-Motors-Konzerns, Harlow Curtice angehörten. Der Zweck der Reise Reuters war, durch öffentliche Sammlung einen Betrag von einer Million Dollar als Nothilfe für die Insassen der Berliner Flüchtlingslager aufzubringen - und schon drei Tage nach Reuters Ankunft konnte das Rescue-Committee stolz melden, daß die Hälfte dieser Summe bereits beisammen war - und am Ende der ersten Woche, noch bevor Reuter seine öffentlichen Vorträge und Ansprachen in New Yorker "Herald Tribune Forum", in Minneapolis, Houston und San Francisco gehalten hat, ist das Ziel der einen Million bereits erreicht.

Reuter sprach in Washington mit den führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Regierung und wandte sich auf mehreren Pressokonferenzen, einem Rundfunkinterview und zwei Fernseh-Ansprachen an das amerikanische Volk. Er machte vor allem durch seine gelassene ruhige Zuversicht, die weder provokatorisch noch säbelrasselnd war, großen Eindruck auf die Amerikaner und scheint auch manche Zweifel und irrigen Ansichten führender Washingtoner Regierungsmänner und Parlamentarier erfolgreich korrigiert zu haben.

Der Schreiber dieser Zeilen hat gewissenhaft allen Besuchen beigewohnt, die deutsche Staatsmänner und Parlamentarier seit dem Kriege in den Vereinigten Staaten abgestattet haben; aber er kann sich nicht erinnern, zuvor in irgendeinem Falle eine ähnliche warme Anteilnahme der amerikanischen Öffentlichkeit, eine so spontane Würdigung der Persönlichkeit des Gastes und eine so ehrliche Anerkennung seiner politischen Rolle und ihrer Bedeutung gefunden zu haben, wie dieses Mal bei Bürgermeister Reuter. Die amerikanisch-deutschen Beziehungen sind nicht immer leicht auf eine einzige Formel zu bringen, und Spannungen, Schwankungen und Querschläge trüben gelegentlich das im ganzen durchaus positive Bild; aber es ist keine Frage, daß ein Mann wie Reuter hier in diesem großen, dem europäischen Alltag aber doch so fernen Lande für Deutschland und seine Nöte mehr Verständnis und mehr Aufgeschlossenheit weckt, als tausend ölige nichtssagende Propagandareden und tausend Kilo gedruckten Propagandamaterials.

Grenzen der USA-Vermittlung

-ex- Jedes dritte Schiff, das heute den Suez-Kanal durchfährt, führt das Sternenbanner der USA. Der Schiffsverkehr auf dieser Asien von Afrika trennenden Wasserstraße beträgt ein Vielfaches des Panama-Kanals. Der amerikanische Anteil ist ständig im Wachsen, und der Zeitpunkt ist nicht mehr so fern, wo die USA-Flagge alle anderen wenn nicht verdrängt, so doch weit hinter sich lassen wird. Ein Großteil der Schiffe sind Tanker. Sie bringen das kostbare Öl aus Arabiens Sandwüsten, ohne das die USA-Mittelmeerflotte, die britischen und französischen Schiffe nicht mehr existieren könnten.

Die Internationale Bedeutung dieses glutheißen Wüstenstrichs liegt jedoch nicht allein darin, daß er durch den Kanal die engste Verbindung von Europa nach Südasiens, Indien und Australien herstellt. Heute gehört die Suez-Kanalzone zu den größten, bestausgestatteten und wichtigsten Militärbasen der Welt. Etwa 65-80000 britische Soldaten bewachen diese Nahtstelle zwischen West und Ost und ihr Portfall müßte ein machtpolitisches Vakuum schaffen, das ein neues Unruheelement in die ohnehin labile und von revolutionären Erschütterungen durchwühlte Welt des mittleren Ostens hineinbringen würde. Geriete jemals die Kontrolle über den Kanal an eine dem Westen feindlich gesinnte Macht, hätte der Westen mehr als eine Schlacht verloren. Er müßte dann den ganzen mittleren Osten als ein mögliches strategisches Aufmarschgebiet abschreiben - mit unübersehbaren militärischen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen.

Ägypten verlangt mit wachsendem Nachdruck von Großbritannien, das die Kanalzone beherrscht, nach berüchtigtem Muster die bedingungslose Kapitulation. In langwierigen Verhandlungen erklärte sich zwar London zum Rückzug seiner Truppen aus der Zone bereit, aber in Etappen und unter der Zusicherung, daß zum Schutz der riesigen Installationsanlagen britische Techniker verbleiben dürfen - ein Vorlangen, das bei Nagib, dem Diktator Ägyptens, auf erbitterten Widerstand stößt. Ägyptens Forderung nach unbeschränkter Herrschaft über die Zone ist nicht allein von dem Wunsch diktiert, die Riesengewinne, die alljährlich die Suez-Gesellschaft an Kanalgebühren einheimet, selbst einzustecken, ebenso stark ist das Motiv, Englands Ansehen und Stellung in

diesem Teil der Welt einen tödlichen Schlag zu versetzen. Ohne die Kontrolle über den Suez-Kanal blieben Großbritanniens Verbindungen zu seinen asiatischen Commonwealth-Partnern vom Wohlwollen Ägyptens und seiner jeweiligen Regierung abhängig, eine im Kriegsfall für Großbritannien unerträgliche Zumutung.

In dem seit Nagibs Machtergreifung sich nun verschärfenden Konflikt haben die USA, wenn auch nach längerem Zögern, ihre Vermittlerrolle angeboten, freilich bisher ohne jeden sichtbaren Erfolg. Das Dilemma für die USA besteht in der Schwierigkeit, die Ansprüche eines vom stolzen Machtbewußtsein getragenen ägyptischen Nationalismus zu befriedigen, ohne dabei die Sicherheit der für den ganzen Westen lebenswichtigen Kanalzone zu gefährden. In der Sudan-Frage bewog der amerikanische Botschafter in Kairo London zum Nachgeben - in der Suez-Frage scheint sich der amerikanische Standpunkt, sehr zum Mißvergnügen Kairo, mehr dem Großbritanniens zu nähern. Die Überlassung des Kanals in rein ägyptische Verwaltung ist den USA zu riskant, obgleich Nagib Andeutungen machte, daß er, allordings nach dem Abzug der Briten, mit sich über irgendeine Form von internationaler Kontrolle reden lassen würde. Wer gibt den USA die Gewähr, daß Nagib sein Versprechen halten will und halten kann? So finden sich die Vereinigten Staaten wider Willen in der Rolle eines Verteidigers britischer imperialer Interessen, eine Zwangslage, die ihnen viele Sympathien in der islamischen Welt kostet und von der für die Dauer nur die Sowjetunion profitieren kann.

+ + +

Ein unchristlicher Verzweiflungsakt

gnr. Die Empörung der Repräsentanten der KAB und der Jungen Union über die Stimmenthaltung der nordrhein-westfälischen Landesregierung bei der Abstimmung über das Schmutz- und Schund-Gesetz, die dessen Ablehnung zur Folge hatte, rührt weniger daher, daß nun dieses Gesetz nicht wirksam werden kann, sondern daß man zum kommenden Wahlkampf schon heute eine der beliebtesten, wenn auch verlogenen Parolen gegen die SPD verlor, auf die man so viel Hoffnungen setzte. Soweit gesehen könnte der "christliche" Hauskrach für die Opposition ganz amüsant sein, wenn er nicht gefährliche Perspektiven eröffnen würde... Gefährlich vor allem deshalb, weil die ewig wankelmütige CDU/Zentrums-Landesregierung vermutlich es nicht wagen wird, sich gegen die von der KAB und der Jungen Union in Szene gesetzte Schmutzwelle mit dem gebotenen Nachdruck zur Wehr zu setzen, obwohl es aus staatspolitischen Gründen erforderlich wäre.

Die von den Kreisen um Winkelheide, Even und Majonika ausgelöste

Protestbewegung ist im Grunde ein Mißachtungsfeldzug gegen das Grundgesetz, denn auch ihnen ist nicht unbekannt, daß es ausschließlich verfassungsrechtliche Gründe waren, die die Landesregierung zur Stimmenthaltung veranlaßten. Dabei putschen sie das Volk gegen die Regierung auf, obwohl allein die von ihrer Partei geforderten Bestimmungen über den föderativen Staatsaufbau der Anlaß für die Haltung der Landesregierung waren. Anstatt den Mut zu haben, die eigenen Irrwege zu korrigieren, versuchen sie die Öffentlichkeit auf den gleichen Weg politischer Verlogenheit zu führen, den sie jetzt vier Jahre lang "erfolgreich" strapazierten. Es sind dabei aber wiederum nur parteitaktische Erwägungen, die sie leiten, wobei ihnen bezeichnenderweise selbst die Diffamierung ihrer eigenen Freunde in der Landesregierung recht ist. Über diese "Protestwelle" wollen sie offenbar die Bundesregierung und den Bundestag veranlassen, die Diskussion über einen neuen Schmutz- und Schund-Gesetzesentwurf noch vor den Bundestagswahlen aufzunehmen, die ihnen dann die von ihnen so heißersehnte kulturpolitische Kreuzzugsatmosphäre schaffen soll. Eine Atmosphäre, ohne die sie den Bundestagswahlkampf anscheinend nicht führen können.

+ + +

Wie man's macht, ist's falsch

"Teilnahme an der Gesetzgebung sieht immer wie Anerkennung des Ergebnisses aus, auch wenn man dagegen stimmt, und in einem gewissen Maß scheinen Neinstimmen sogar ein Beweis für den korrekten Ablauf des Gesetzgebungsaktes zu sein".

Man könnte annehmen, dieser Satz sei zur Rechtfertigung des Fernbleibens der Sozialdemokraten von jener Straßburger ad-hoc-Versammlung geschrieben, die sich selbst den Auftrag zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung auf der Grundlage des EWG-Vertrages und des Schuman-Planes zugelegt hat. Die SPD macht dort nämlich nicht mit, gerade weil sie von Beginn an den beschränkten Charakter eines Staates aus sechs Teilnehmern nicht wollte und der Versammlung das legale Mandat für ihre Arbeit bestritt.

Der Schluß ist aber weit gefehlt. Der oben zitierte Satz findet sich vielmehr in der "Zeit" vom 19. März 1953, in der die Teilnahme der SPD an der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1953 beklagt wird. Die Sozialdemokratie habe durch ihre Teilnahme - wenn auch mutige Ablehnung - am Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt und ein Teil Verantwortung auch auf ihre Schultern geladen. Immerhin war der damalige Reichstag eine gewählte Körperschaft und nach der Weimarer Verfassung vorgesehene Institution, was man von der ad-hoc-Versammlung nicht sagen kann. Die gleiche "Zeit" hat sich sonst bitter über das Fehlen der Sozialdemokraten in der ad-hoc-Versammlung beschwert. Oder ist Herrn Dr. Bucerius' "Zeit" so zu verstehen, daß sie der SPD raten wollte, der dritten Lesung der Verträge im Bundestag fernzubleiben?

Fritz Erlor

Verantwortlich: Peter Raunau